

So viel Europa steckt in der Zentralschweiz

Im Herbst wird über die Begrenzungsinitiative abgestimmt. Wir blicken auf die Zahlen – und lassen Befürworter und Gegner sprechen.

Alexander von Däniken

Sie ist kompliziert, die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Wie viel Nähe ist möglich, wie viel Distanz wünschenswert? Nach Ausschaffungs- und Durchsetzungsinitiativen steht das Verhältnis am 27. September wieder auf dem Prüfstand. Dann befinden die Schweizer über die Begrenzungsinitiative. Sie verlangt eine eigenständige Regelung der Zuwanderung – und damit die Auflösung der Personenfreizügigkeit mit der EU (siehe Box). Welche Auswirkungen hat der freie Personenverkehr für die Zentralschweiz überhaupt?

Ein Blick auf Zahlen des Staatssekretariats für Migration für die Zentralschweizer Kantone zeigt: Die Nettozuwanderung, also Ein- abzüglich Auswanderungen, von Personen aus der EU und Efta-Staaten, ist seit 2015 stabil bis abnehmend. Wanderten zum Beispiel 2015 noch 1646 Personen in den Kanton Luzern ein, waren es 2019 noch 1141. Nur der Kanton Schwyz verzeichnet einen Zuwachs (siehe Grafik). Der Anteil der Personen aus der EU und Efta-Staaten am gesamten Einwohnerbestand verhält sich ähnlich. Wobei im Kanton Zug verhältnismässig die meisten EU-Bürger leben.

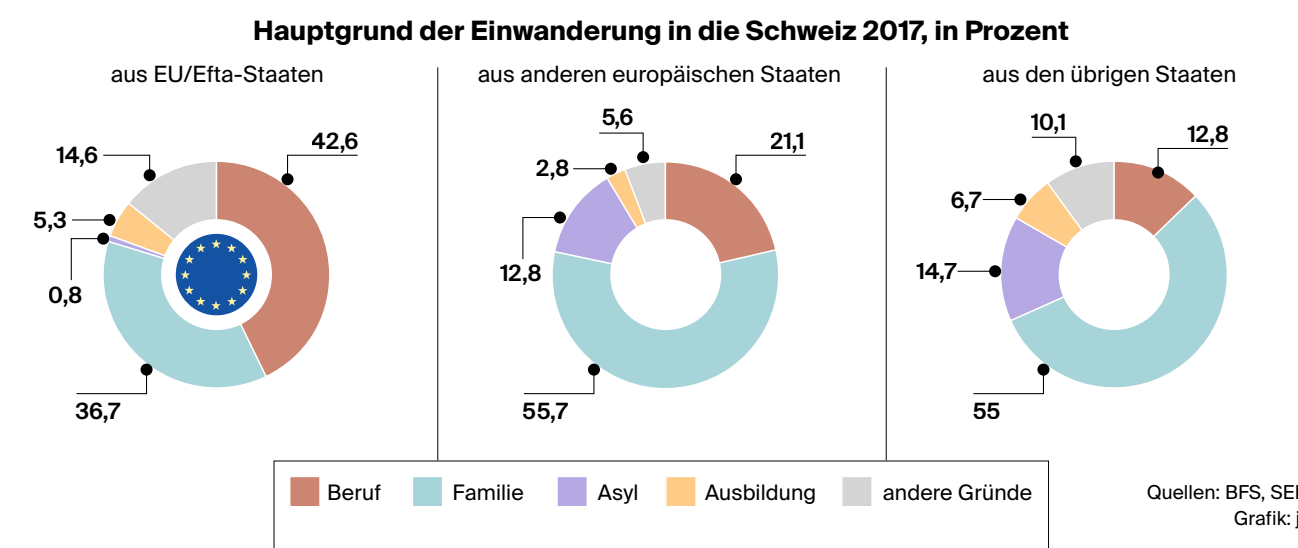
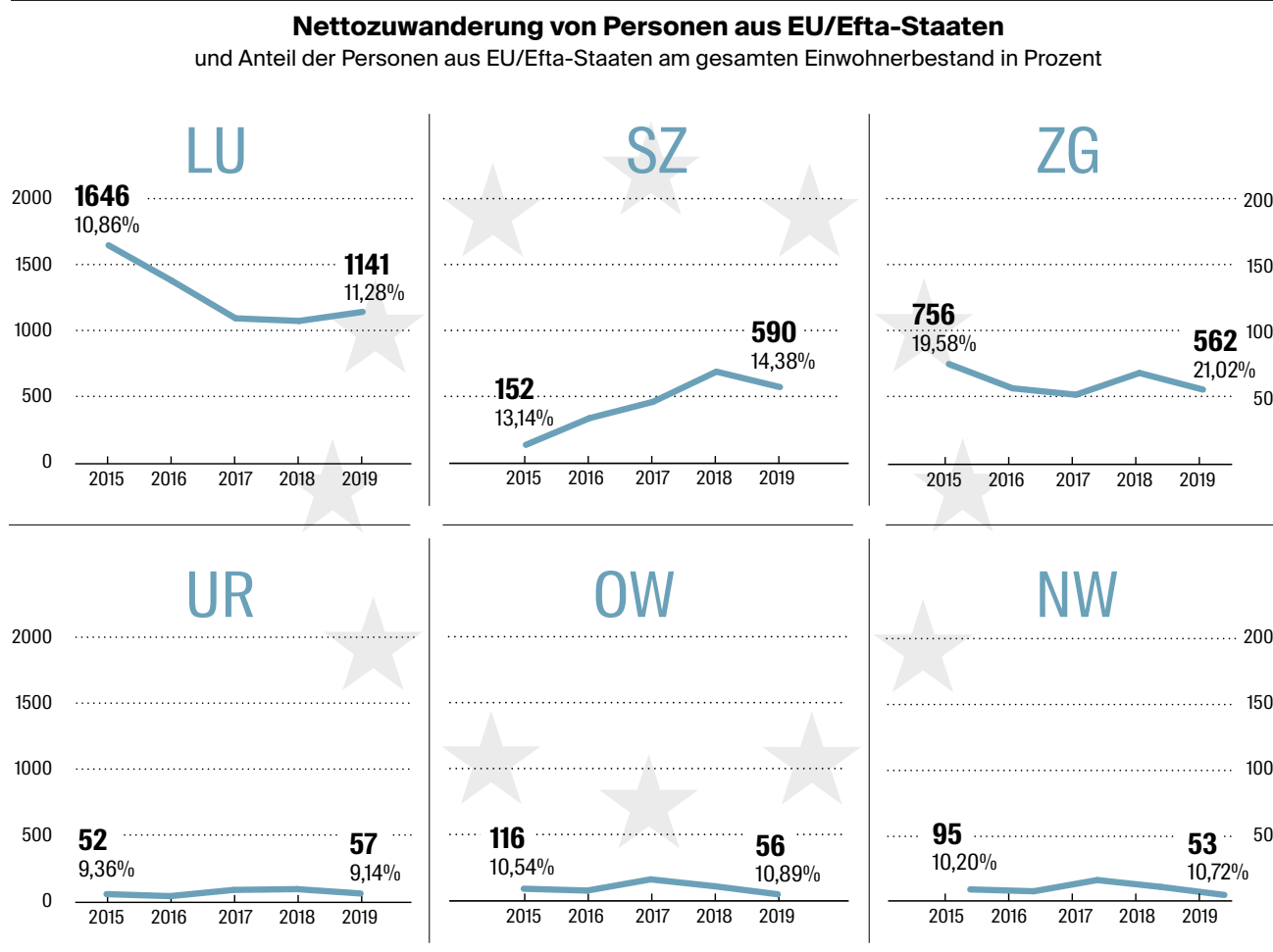
EU-Bürger für die Zentralschweiz «enorm wichtig»

Etwa die Hälfte der Einwanderer stammt aus der EU. Zum Beispiel wanderten 2019 netto 2349 Personen in den Kanton Luzern ein, davon stammten 1208 aus Drittstaaten. Rund ein Drittel von ihnen traten ihre Ausreise in Asien an. Bei den Europäern hatten die Italiener den grössten positiven Saldo (+307), gefolgt von den Deutschen (+178), Eritreern (+152), Syrern (+131) und 104 Personen aus dem Nicht-EU-Staat Kosovo. Bei den Portugiesen wanderten hingegen 62 mehr aus als ein.

Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) kämpft gegen die Begrenzungsinitiative. Laut Direktor Adrian Derungs sind die EU-Bürger für die Zentralschweiz «enorm wichtig»: «Denken wir beispielsweise an Unternehmen wie Schindler, Pilatus Aircraft, Roche Diagnostics, die Spitäler der Zentralschweiz oder die Hochschule Luzern.» Diese Institutionen und Unternehmen würden einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit und zur Bildung leisten: «Sie schaffen Innovation und bringen Arbeitsplätze in unsere Region.»

Das bestreitet Franz Grüter nicht. Der SVP-Nationalrat aus Eich engagiert sich im Abstimmungskomitee für die Begrenzungsinitiative. «Wir werden auch in Zukunft Leute aus der EU anstellen können. Aber wir werden wieder selber darüber bestimmen können, wer kommen kann und wer nicht», sagt Grüter. Dies würden auch andere Länder wie Kanada, Grossbritannien, Australien und die USA tun. Und so habe es die Schweiz auch bis zur Einführung der Personenfreizügigkeit gemacht. «Die Wirtschaft bekam ihre Fachkräfte, aber es konnten nicht einfach Leute in unser Sozialsystem einwandern wie heute.»

Diese Selbstbestimmung hat für Derungs einen zu hohen Preis: Ein Ja zur Initiative führe wegen der «Guillotine-Klausel» zur Kündigung der Bilateralen I und gefährde wichtige Abkommen der Bilateralen II wie Schengen/Dublin: «Verträge, die in den vergangenen Jahren unseren Wohlstand gesichert haben.» Eine Alternative zu den bilateralen Verträgen hätten die Initianten nicht. Jetzt in der Coronakrise auch mit der EU als wichtigster Handelspartnerin



zu brechen, «ist für die Schweiz schlicht verantwortungslos». Zudem beruhe die Personenfreizügigkeit auf Gegenseitigkeit: Fast eine halbe Million Schweizer haben 2018 in einem EU- oder Efta-Staat gelebt. Leiden würde auch die For-

schung, etwa mit dem Programm «Horizon 2020»: Die Schweizer Stellung als Forschungs- und Innovationsstandort würde ohne Not aufs Spiel gesetzt.

Für Franz Grüter ist hingegen klar, dass der Austausch von Waren und die

Forschung weiterhin funktionieren würde. Er zitiert den Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman, wonach man alles liberalisieren könne, seien es Währungen und Handel – nicht aber den Personenverkehr, «ausser man würde die

Sozialhilfe abschaffen, was unrealistisch ist». Die Personenfreizügigkeit sei eine «Fehlkonstruktion». Seit 2007 habe die Schweiz einen Zuwachs von netto einer Million Einwohnern verzeichnet, obwohl im gleichen Zeitraum über 500 000 Menschen eingebürgert worden seien. Gemäss Bundesamt für Statistik werden 2035 über zehn Millionen Menschen in der Schweiz leben. Alle Neuzuwanderer müssten integriert und versorgt werden. «Das ist einfach zu viel für die kleine Schweiz.»

Uneinigkeit über Rolle im Arbeitsmarkt

Laut Derungs haben die EU-Bürger am Wachstum nur einen kleinen Anteil verursacht. «Die Nettozuwanderung aus dem EU-Raum hat sich seit 2013 gemäss der Statistik des Staatssekretariats für Migration praktisch halbiert!» Der Anstieg der Nettozuwanderung sei auf das Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Das lässt Franz Grüter nicht gelten: «Nur rund 14 Prozent der Zuwanderer aus dem EU-Raum können als hochqualifizierte Fachkräfte bezeichnet werden. Ein Grossteil kommt als Familiennachzug.» Die Mehrheit arbeite zudem in Branchen mit bereits hoher Arbeitslosigkeit wie im Bau- und Gastgewerbe. «Trotzdem wird über Fachkräftemangel gejammert. Da merkt eigentlich jeder, dass mit unserer Zuwanderungspolitik etwas nicht stimmt.»

Derungs kontert, dass der Fachkräftemangel dank der Personenfreizügigkeit entschärft werde. Die Observatoriumsberichte des Bundes und weitere Studien kämen zum Schluss, dass die Zuwanderer aus dem EU-/Efta-Raum als Ergänzung zu den einheimischen Arbeitskräften funktionieren. Sie würden Lücken in Berufen mit eher geringem Qualifikationsniveau wie dem Bau- und Gastgewerbe füllen. «Vor allem aber helfen sie, den Fachkräftemangel in spezialisierten Berufsfeldern zu lindern.» Würden Zuwanderer die einheimischen Arbeitskräfte tatsächlich ergänzen, entgegnet Grüter, dann müsse der Bundesrat auch keine Überbrückungsrente für ausgesteuerte Personen ab 60 Jahren schaffen. Gegen dieses Vorhaben ergreift ein Komitee aus SVP-Nationalräten das Referendum. Kommt es zur Abstimmung, schwebt also auch hier das komplizierte Verhältnis mit der EU mit.

«Trotz Personenfreizügigkeit wird über Fachkräftemangel gejammert. Da stimmt etwas nicht.»



Franz Grüter
SVP-Nationalrat, Eich

Die Begrenzungsinitiative

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung», auch Begrenzungsinitiative genannt, verlangt für die Schweiz eine eigenständige Zuwanderungsregelung. Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU soll innerhalb eines Jahres durch Verhandlungen aufgelöst, andernfalls einseitig gekündigt werden. Wegen der Guillotineklausel stehen auch allen anderen Verträge der Bilateralen I auf der Kippe. Wegfallen würde zum Beispiel das Abkommen über technische Handelshemmnisse.

Die Initiative stammt von der SVP und der Auns. Sie wird auch von der Lega del Ticinesi und der EDU befürwortet. Abgelehnt wird die Initiative von CVP, FDP, SP, Grünen, GLP, BDP, der Konferenz der Kantonsregierungen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Während die Befürworter gegen eine «10-Millionen-Schweiz» kämpfen, befürchten Gegner eine Verteuerung der Exporte und eine Verschärfung des Fachkräftemangels. (ava)

«Zuwanderer aus der EU lindern den Fachkräftemangel; auch im Gesundheitswesen, wie die Coronakrise zeigt.»



Adrian Derungs
Direktor Industrie-/Handelskammer

Italiener die grösste Gruppe

Ist von Bürgern aus der EU und Efta-Staaten die Rede, sind bis Januar dieses Jahres Staatsangehörige der EU-28-Länder (seither ohne Grossbritannien) gemeint. Dazu kommen Norwegen, Island und Liechtenstein, die wie die Schweiz der europäischen Freihandelsorganisation Efta angehören. Die Mehrheit der in der Schweiz wohnhaften Ausländer stammt aus Europa, hauptsächlich aus EU-/Efta-Staaten. Ende 2018 stammten knapp 1,5 der 2,1 Millionen Ausländer aus diesen Staaten.

Mit rund 319 000 Personen bilden die Italiener die grösste Gruppe, gefolgt von Deutschen (306 000) und Portugiesen (263 000). Mit jährlich über 20 000 Einwanderungen und gleichzeitig über 14 000 Auswanderungen führen die Deutschen die Rangliste der «mobilsten» Ausländer an. Ihnen folgen die Franzosen mit über 14 000 Einwanderungen. Mit mehr Aus- als Einwanderungen einen negativen Saldo haben seit 2017 die Portugiesen. (ava)